



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 22.04.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Erklärung des Leiters der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, des Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Ein Treffen der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass ist für den 18. Mai geplant.

Wir erinnern daran, dass das nächste Treffen der Kontaktgruppe in Minsk am 29. April stattfindet.

Die Verlegung eines Checkpoints durch die ukrainischen Truppen drei Kilometer in Richtung Jelenowka bei Donezk kann eine Verschärfung der Situation an der Frontlinie provozieren.

„Ich wende mich an Herrn Apakan (Ertugul Apakan, Leiter der OSZE-Mission – Anm. DAN), damit eine Liste von Handlungen zur Verhütung solcher Situationen ausgearbeitet wird. Dies ist offensichtlich ein neuer „Brennpunkt“, der von Seite der Ukraine organisiert wird“, sagte Puschilin. Nach seinen Worten hat die Regierung der DVR von Anfang an solche Schritte Kiews im Gebiet des Jasinowatajer Checkpoints beobachtet. Er erläuterte, dass die Verschiebung des Kontrollpunkts der ukrainischen Streitkräfte schon in den OSZE-Berichten auftaucht und dieser Frage im Rahmen der Kontaktgruppe aufgeworfen wurde.

Die Regierung der DVR hat der OSZE-Mission einen Bericht über die Verlagerung von Militärtechnik übergeben, die an der Parade zu Ehren des Siegs im Großen Vaterländischen Kriegs beteiligt sein wird.

„Für uns ist der 9. Mai ein großer Feiertag. Wir haben vor eine Parade durchzuführen, wir haben rechtzeitig der OSZE eine Liste von Technik mit Nummern zugesandt, wo angezeigt wird, an welchen Tagen sie bewegt wird und wie sie während der Parade verwendet wird“, sagte er. Puschilin fügte hinzu, dass solche Aktivitäten „in keiner Weise zur Wiederaufnahme von Kämpfen führen können“.

Die Erklärungen der ukrainischen Seite über die Erfüllung des Maßnahmekomplexes zur Einfügung von Änderungen in die Gesetzgebung für den Donbass entsprechen nicht der Wirklichkeit.

Zuvor hatte am 20. April die erste stellvertretende Sprecherin der Obersten Rada Irina Geraschtschenko erklärt, dass die Ukraine ihre Verpflichtungen zur Einfügung von Änderungen in die Gesetzgebung für den Donbass erfüllt. Nach ihren Worten werden sie jedoch erst in Kraft treten, wenn „Waffen und bewaffnete Formationen“ aus dem Territorium abgezogen werden.

„Dies ist eine offensichtliche List von Seiten der Ukraine“, sagte Puschilin. „Und sie bezieht sich auf die Beschüsse und den nicht beendeten Krieg – das ist das Einfachste, was die Ukraine tun kann, weil sie selbst die Beschüsse provoziert und selbst schießt“.

Puschilin fügte hinzu, dass die Ukraine bisher auch nicht ihre Verpflichtungen bezüglich eines besonderen Status des Donbass erfüllt hat.